

## Der Wohnungsverband gescheitert.

Keine Einigung zwischen Berlin und Vororten.

Wir haben heute morgen schon in der Einleitung zum Stadtverordnetenbericht mitgeteilt, daß die Bestrebungen, einen „Wohnungsverband der Groß-Berliner Gemeinden“ zu schaffen, als gescheitert zu gelten haben. In Ergänzung dieser Mitteilung erfahren wir, daß die Beratungen der Groß-Berliner Gemeindevertreter dahin gingen, nicht nur eine Vereinigung zu schaffen, die provisorische Maßnahmen gegen die bereits eingetretene Wohnungsnot ergreift, sondern eine Vereinigung, die nur Kleinhauseinrichtungen in Groß-Berlin schaffen sollte. Man hatte dabei an die Ausführung von Bauten für die heimkehrenden Krieger auf Kosten des Verbandes und an die Unterstützung der Privatbautätigkeit gedacht.

Ueber die gestellten Ziele war man sich auch im allgemeinen einig. Als man aber dazu überging, eine Organisation für den Wohnungsverband zu schaffen, kamen die Schwierigkeiten. Die Vororte wollten einen Verbandsausschuß haben, in dem sie acht und Berlin fünf Vertreter senden sollten. Berlin erklärte diese Bedingung für unannehmbar, weil es voraussichtlich den größten Teil der Kosten tragen müßte. Dementsprechend müßten auch die Rechte sein. Hierzu konnten sich aber wieder die Vororte nicht verstehen, die den Standpunkt vertraten, daß nicht eine einzelne Gemeinde ausschlaggebenden Einfluß auf den Wohnungsverband haben dürfe. Ein Ausgleich war nicht zu schaffen und damit ist der Wohnungsverband vor seiner Geburt an der kommunalen Zerrissenheit Groß-Berlins gestorben.

Die Berliner Stadtverordneten-Versammlung hat gestern, wie berichtet, für örtliche Maßnahmen gegen die Wohnungsnot fünf Millionen Mark bewilligt. Eine gemischte Deputation von Magistratsmitgliedern und Stadtverordneten hat über die Veranschlagung des Geldes im einzelnen Fall zu beschließen. Die Stadtverordneten wollen dadurch wohl größeren Einfluß auf den Gang der Dinge haben. Eine Magistratsstelle hatte bereits ausgerechnet, daß man 110 Schulen mit über 3000 Klassenzimmern für Notwohnungs-zwecke freimachen sollte. Gegen diesen Vorschlag sind aber schon so begründete Bedenken laut geworden, daß seine Verwirklichung ausgeschlossen erscheint.

V-r.